

Arbeitsprogramm

der Landesschüler*innenvertretung NRW in der Legislaturperiode 2023/2024

Präambel

In Zeiten, in denen die jungen Stimmen immer weniger gehört werden und immer mehr junge Menschen Ängste und Sorgen vor der Zukunft haben, ist es wichtiger denn je, dass ihre Meinungen und Wünsche Beachtung finden und im Diskurs hervorgebracht werden.

Dies muss auf verschiedene Art und Weise passieren. Neben der Öffentlichkeitsarbeit und der Arbeit auf der Straße darf auch das Gespräch mit der Politik nicht vernachlässigt werden. Auch wenn Politiker*innen häufig nur zuhören und die Einflussnahme auf Entscheidungen nur gering ist, ist ein Austausch im momentanen System nahezu unumgänglich. Durch kleine Fortschritte am Gesprächstisch in Kombination mit etwas größer angelegten, öffentlich gestellten Forderungen kann tendenziell am meisten erreicht werden.

1. Basisarbeit

Neben einem aktiven Landesvorstand ist eine starke Basis dafür unentbehrlich. Gerade hier muss politische Bildung und Politisierung stattfinden. SVen müssen in kritischen Sichten gestärkt und ermutigt werden, sich als Stimme junger Menschen zu verstehen und nicht nur als die netten Menschen, die am Elternsprechtag Waffeln backen. BSVen dürfen sich nicht in bürokratischen Finanzierungsanträgen verlieren, sondern müssen ihre Kapazitäten nutzen, um politisch mitzuwirken und Schüler*innen für Aktionen zu mobilisieren.

In den BSVen, sowie in der LSV soll daran gearbeitet werden, dass alle weiterführenden Schulformen repräsentiert und aktiv integriert werden. Durch bereits im APO aufgeführte eigene Angebote wie Workshops und eine regelmäßige selbstkritische Reflexion soll das Thema auch auf LDKs stattfinden.“

Arbeitsaufträge:

- Unterstützung von BSVen bei der Politisierung von SVen durch Workshops auf BDKen
- Bestehende BSVen stärken und neue gründen
- z.B. durch einen BSV-Basis-Kongress
- z.B. mit Diskussion von Grundpositionen/Grundsatzprogramm
- Mehrtägig mit Schüler*innen und Delegierten
- Evtl. mit Kooperationspartner*innen
- z.B. durch regelmäßig stattfindende BSV Basistreffen
- Diskussion über aktuelle Themen mit BSVen
- z.B. per Videokonferenz
- z.B. durch eine BSV-Basistour durch NRW
- mindestens ein eintägiges Treffen pro Regierungsbezirk pro Legislatur
- vorher Werbung (z.B. durch SV Pakete) machen
- Schwerpunkt auf Regionen legen, die noch keine BSV haben
- Verschicken von SV-Paketen an Schulen
- Unterrepräsentierte Schulformen weiter einbinden
- Öffentlichkeitsarbeit

2. Mentale Gesundheit

Das Schulsystem belastet Schüler*innen durch den mit dem Notensystem verbundenen Leistungsdruck. Dieser findet auf verschiedenen Ebenen statt. Sei es beispielsweise der persönliche Druck zum Erfolg, der Wunsch, familiäre Erwartungen zu erfüllen oder im gesellschaftlichen Bezug die Angst, dass die Note über die Karrieremöglichkeiten beziehungsweise die Zukunft bestimmt. In der Schule selbst herrscht das Wettbewerbsprinzip und letztendlich sind diese Facetten der Grund für die Vernachlässigung von körperlicher und emotionaler Gesundheit der Schüler*innen. In seiner aktuellen Form fördert das Schulsystem kurzfristige Lernstrategien, die einen langfristigen Lernerfolg ausschließen. Das Bulimie-Lernen auf Klausuren führt auf den ersten Blick häufig zu guten Noten, diese scheinen aber wertlos, wenn das angeeignete Wissen schon nach wenigen Tagen verloren ist. Das ist für Schüler*innen deprimierend, denn trotz der Überlastung hält sich der langfristige Effekt in Grenzen. Dies kann nur durch eine Förderung langfristiger Lernstrategien und die Abschaffung punktueller Leistungsüberprüfungen angegangen werden.

Mobbing ist ein weiterer Faktor, der die Psyche von einigen Schüler*innen enorm angreift. Die vorhandenen Präventionsmaßnahmen, welche von Schule zu Schule stark schwanken, reichen bei weitem nicht aus. Statt Workshops, die versuchen Probleme aufzuzeigen, sollte Mobbing aktiv bekämpft werden, indem schulisches Personal ausreichend geschult wird, Mobbing frühzeitig zu erkennen und die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht dringend einen dauerhaften und bedarfsgerechten Einsatz von Schulsozialarbeit an jeder Schule sowie einen flächendeckenden Ausbau des Angebots von schulpsychologischen Beratungsstellen, wodurch Lehrer*innen mehr unterstützt werden. Mobbing schädigt Menschen nachhaltig und ist deswegen ein ernstzunehmendes Problem.

Arbeitsaufträge:

- Die Zielsetzung nachhaltiger Lernerfolge soll in das "Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur" (Potsdamer Erklärung) eingebracht werden
- Die gesamte Thematik soll in mindestens einem Gespräch mit Frau Ministerin diskutiert werden
- Eine Pressemitteilung zu diesem Themenfeld soll veröffentlicht werden.
- einen LDK WS Veranstalten, der den Zusammenhang von Leistungsdruck in der Schule und ökonomische Zwängen in Verbindung bringt
- Planung eines Workshops zu "Mentale Gesundheit im schulischen Kontext", den die BSVen für ihre BDKen buchen können

3. Politische Mitbestimmung

Das Elternhaus hat immer noch einen großen Einfluss auf die politische Bildung der Jugendlichen. Die Gestaltung des Bildungssystems, die dazu führt, dass vielen jungen Menschen das Verständnis politischer Prozesse fehlt, befeuert diesen Sachverhalt. Durch Entscheidungen wie z.B. der Kürzung von politischem Unterricht wird klar, dass kein Interesse an einer Verbesserung besteht. Schule in der jetzigen Form führt zu einer Generation der Ja-Sager*innen. Stattdessen sollten Schulen früh zu kritischem Hinterfragen und Mitbestimmen anregen, damit Schüler*innen Demokratie bereits früh leben können.

Unabhängig von ihrem Hintergrund müssen Schüler*innen erleben, wie Demokratie funktioniert, und ermutigt werden zu partizipieren.

Selbst bei Problemen, die Jugendliche direkt betreffen, ist oft eine Politikverdrossenheit spürbar. Wenn Meinungen adultistisch als "jugendliche Naivität" abgetan werden und es kaum Möglichkeiten der gemeinsamen politischen Organisation gibt, ist es für Jugendliche schon grundsätzlich schwierig, ihre Meinungen einzubringen. Durch zusätzliche Hürden, wie z.B. komplizierte Sprache oder finanzielle Anforderungen bei politischem Engagement, aber auch dem zu hohen Wahlalter wird Partizipation noch schwieriger.

Gerade in Zeiten, in denen es vielen jungen Menschen an Zukunftsvisionen fehlt und Zukunftsängste existieren - sei es die bevorstehende Klimakatastrophe oder auch die steigende Inflation und der Krieg in der Ukraine - ist es durchaus kritisch zu betrachten, dass das Interesse, aber auch die Perspektive für organisierte Bewegungen fehlt. Um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, sollte Schüler*innen ein politisches Streikrecht zugesprochen werden.

Außerhalb der Schulen sollte politische Arbeit möglichst niederschwellig gestaltet werden. Politisch relevante Texte sollten in leichter Sprache zur Verfügung stehen und die Teilnahme soll aus oben genannten Gründen gerade für sozio-ökonomisch schwächer gestellte Schüler*innen erleichtert werden.

Die Förderung von Jugendpartizipation sollte selbstverständlich und nicht bloß eine pädagogische Maßnahme, sondern mit einem reellen Mitbestimmungsrecht verbunden sein, denn wie alle Menschen sind auch Jugendliche Teil der Gesellschaft und müssen bei Entscheidungen miteinbezogen werden. Aus demokratischer Sicht gibt es, abgesehen von der Macht-Vernarrtheit der herrschenden Klassen, keine stichhaltigen Argumente gegen eine stark geförderte Mitbestimmung von Jugendlichen.

Arbeitsaufträge:

- Organisation eines "Streik für das Streikrecht"
- Gemeinsam mit anderen Verbänden, wie z.B. den (Jugendorganisationen der Gewerkschaften)
- Im Laufe der Legislatur durchführen
- Auf der 138. LDK ein ausführliches Konzept samt Zeiträumen, Gesetzentwürfen und Gestaltungsplänen vorlegen
- Planung eines Workshops zu "Politischer SV-Arbeit", den die BSVen für ihre BDKen buchen können

- Unterstützen von BSVen im Bezug auf die feste Teilnahme mit Rederecht an Schulausschüssen in Städten und Kreisen

4. Klassismus/soziale Ungleichheit im Bildungswesen

Aktuell ist jedes fünfte Kind in Deutschland armutsgefährdet. Der sozio-ökonomische Hintergrund eines Kindes hat noch immer erhebliche Auswirkungen auf die soziale Teilhabe und auf den Bildungsabschluss. Aktuelle Sozial- und Bildungspolitik verhindert Chancengleichheit aktiv.

Die Reproduktion der sozio-ökonomischen Schicht basiert zu einem großen Teil auf dem selektiven Schulsystem. Durch die Einteilung in verschiedene "Leistungsstufen" werden Schichten vereint, denn die Schule schafft es aktuell nicht die Nachteile der Schüler*innen mit sozio-ökonomischen Hintergrund, welche z.B. in fehlender Hilfe bei Hausaufgaben auftreten, auszugleichen. Um diese Probleme zu lösen, sollte die "Inklusive Ganztags Gesamtschule" (IGGS) eingeführt werden. Wie das Schulleben gestaltet werden kann, hängt oft von den finanziellen Ressourcen des Elternhauses ab. Ob ein Kind an der Klassenfahrt oder dem Abiball teilnehmen kann und wie man die Freizeit nach der Schule gestaltet, wird von diesen bestimmt. Dadurch sind diese Kinder und Jugendliche oft auch von Mobbing betroffen.

Arbeitsaufträge:

- Gemeinsame Zielsetzung und Vernetzung mit anderen Jugendorganisationen
- (Erarbeitung einer Kampagne)
- eine LDK veranstalten mit Schwerpunkt-Thema Kinderarmut
- PMs und eine Resolution zur 138. oder 139. LDK zum Thema IGGS

5. Digitalisierung

Es fehlt ein tragbares Konzept für die Digitalisierung. Jede Schule benutzt unterschiedliche Software und setzt auf andere Hardwarelösungen. Dies ist langfristig nicht tragbar. Schulen und Kommunen werden bei der Digitalisierung allein gelassen und es gibt kaum Personal, welches das Management der Geräte übernimmt, geschweige denn bei der Erarbeitung von digitalen Lehrkonzepten unterstützt.

Der Entwicklungsstand variiert von Schule zu Schule und aufgrund von Überforderung wenden Schulen sich häufig an Monopolisten. Daten von Schüler*innen werden verkauft und fallen Unternehmen zu, die aus diesem Kapital schlagen. Monopole werden langfristig gefördert, indem Schüler*innen an Produkte gewöhnt und gebunden werden.

Statt die Vorteile digitaler Geräte zu nutzen, geht es meistens um das bloße Ersetzen von Papier durch Tablets. Stattdessen braucht es dringend an die Digitalisierung angepasste Konzepte und die Förderung der Digitalkompetenz von Schüler*innen und Lehrer*innen.

Ein allgemeines und uns immer begleitendes Problem ist und bleibt der unzureichende landesweite Glasfaserausbau. Eine Digitalisierung ist so nicht möglich.

Digitalisierung als Selbstzweck bringt uns nicht weiter. Vielmehr sollte darauf geachtet werden wann, wo und wie Digitalisierung sinnvoll und angebracht ist. Papier mit Bildschirmen zu ersetzen ist keine sinnvolle Digitalisierung und wird dem digitalen Lernen nicht gerecht. Stattdessen sollten Grundkompetenzen wie z.B. vertrauenswürdige und aussagekräftige Internetrecherche gelehrt werden. Digitales Lernen hat einige Vorteile, so kann zum Beispiel der Unterricht durch Quizze interaktiv gestaltet werden oder im Sprachunterricht durch Videokonferenzen Kontakt zu Muttersprachler*innen hergestellt werden. Bei korrektem Einsatz können digitale Endgeräte den Unterricht deutlich voranbringen.

Arbeitsaufträge:

- Digitalisierungskonzept für Schulen mit Expert*innen erarbeiten
- freie Software (open source) oder einheitliche Lösung?
- öffentliche Finanzierung zur Umsetzung oder Arbeit mit privaten Unternehmen?
- Verhinderung von Grenzüberschreitungen (Schul- & Privatleben)
- Vermittlung von Digitalkompetenzen
- auf der 139. LDK Konzept vorstellen und abstimmen

6. Deflexibilisierung

Seit vielen Jahren ist es das erklärte Ziel der Regierungen, das Schulsystem landes- und bundesweit zu vereinheitlichen. Die LSV ist der Meinung, dass eine Standardisierung des Bildungssystems kontraproduktiv ist.

Noten schaffen bereits im Konzept keine vernünftige Vergleichbarkeit, weil anders als angestrebt primär Motivation bewertet wird. Noten sind in hohem Maße subjektiv, außerdem führen sie bei Schüler*innen schnell zu Enttäuschungen, die ihre Motivation stark verringern. Statt Schüler*innen in Raster zu drängen, sollten Kompetenzen nachhaltig vermittelt werden. Zudem lernt nicht jede*r gleich schnell oder auf die gleiche Art und Weise, weshalb eine Deindividualisierung fatal ist und Wissen und Kompetenzen stets angepasst gelehrt werden müssen. Die Bewertung der Fähigkeiten sollte Aufgabe derer sein, die sie anfordern, also den Unternehmen und Betrieben.

Entsprechend sollten keine Bemühungen angestellt werden, die Bewertung zu zentralisieren. Stattdessen könnte die KMK beispielsweise bedarfsgerechte Qualitätsstandards bzgl. Personal, Finanzierung und Ausstattung für Bildung bundesweit durchsetzen, damit Bildung fairer wird und Deutschland seine aktuell vernichtenden Statistiken bezüglich Qualität der Bildung und Selektion ausgleicht.

Arbeitsaufträge:

- Weiterhin aktive Mitarbeiter bei der "Initiative für ein zukunftsfähiges Abitur" (Potsdamer Erklärung)
- Öffentlichkeitswirksames kämpfen gegen die weitere Zentralisierung von Abschlüssen
- Einsetzen für eine schrittweise Abschaffung des Notensystems gemäß GPO
- mindestens an einem Termin mit Frau Ministerin darüber sprechen
- Leuchtturmschulen fordern, an dem das Konzept (siehe GPO) umgesetzt wird
- mindestens ein PM dazu schreiben
- mit anderen Verbänden/ Partei Jugenden/ Organisationen vernetzen und einen Streik dazu organisieren
- Petition mit Unterschriften Liste erstellen

7. Klimagerechtigkeit

Der Begriff "Klimakrise" beschreibt die globale Erderwärmung und deren Auswirkungen. Die Folgen reichen von Naturkatastrophen, Wetterextremen und massiven Trockenheiten bis zur Unbewohnbarkeit ganzer Regionen. Überschwemmungen wie im Ahrtal, Waldbrände, Niedrigwasser und fehlender Niederschlag sind nur der Anfang für die größte Gefahr der kommenden Generationen. Schmelzende Gletscher, steigende Meeresspiegel, Artensterben, Waldbrände, Dürren und Überschwemmungen - die Klimakatastrophe droht ganze Regionen unbewohnbar zu machen.

Der Klimawandel kostet schon jetzt tausende Menschen ihre Lebensgrundlage. Während gerade im globalen Süden ganze Landstriche zerstört werden, in Pakistan schon 1/3 des Landes unter Wasser stand, steigern Konzerne im globalen Norden ihre Profite immer weiter und erzielen sogar neue Rekordgewinne. Wir brauchen daher einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass der Klimawandel unbedingt bekämpft werden muss. Zu diesem Zweck muss die Politik das Klima anstelle der kapitalistischen Interessen priorisieren. Laut der deutschen Klimaziele müssen die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 65 Prozent werden. Das erfordert das 1,5-Grad-Ziel des 2015 von 195 Vertragsparteien unterzeichneten Pariser Klimaabkommens, mit dem sie sich zu den Maßnahmen verpflichtet haben.

Aktuelle Studien zeigen, dass dieses Ziel nicht zu erreichen ist, da Deutschland sich nicht an die Vereinbarungen hält. Anstatt durch Investitionen in Klimaschutz für die Sicherheit der Gesellschaft zu sorgen, handelt die Politik im Profitinteresse deutscher Großunternehmen. Dieses Übergehen des 1,5 Grad Ziels führt zu Kipppunkten, wodurch die Folgen der Klimakrise unaufhaltbar sind.

Die Klimakrise beeinflusst das Leben (junger) Menschen extrem und in jeglicher Instanz, da diese am stärksten betroffen sein werden bzw. schon sind, obwohl sie am wenigsten Schuld an der aktuellen Klimasituation tragen. Etwa 60 Prozent der Menschen zwischen 16 und 25 haben Zukunftsängste. Aber nicht nur das aktuelle Leben wird davon beeinflusst. So stellen sich junge Generationen, obwohl die enormen Auswirkungen im Norden noch nicht einmal angekommen sind, zunehmend die Frage, ob sie in eine so extrem bedrohte Welt überhaupt Kinder setzen wollen. Jugendliche müssen mehr Verantwortung für ihre Zukunft übernehmen und diese danach planen, wie ernst die Politik die Klimakrise nimmt. Es ist kaum verwunderlich, dass dies zu enormen psychischen Belastungen führt.

Schulen sind strukturell enorm Klimafeindlich. In unserem kapitalistischen System haben Schulen große Probleme: erhöhte Ressourcenverschwendung, klimaschädliches Essen (keine veganen/vegetarischen Alternativen in der Mensa), klimaschädliche Gebäude und Ausstattung. Dazu kommt das generelle Problem der Wegwerfgesellschaft auch in der Schule: anstatt Dinge zu recyceln, werden diese bei kleinsten Mängeln entsorgt. Anstatt etwas mehr Geld in nachhaltigere Dinge zu investieren, wird lieber oft und billig eingekauft.

In allen Bereichen der Schule fehlt das Thema Klimaschutz, das im Lehrplan nur mangelhaft auftaucht. Die Hauptverursacher*innen und das gesamtgesellschaftliche politische System muss thematisiert werden, um den Fokus weg vom individuellen Handeln zu bekommen. Allen Beteiligten fehlt das Bewusstsein für das dringend nötige Handeln, und gerade in der Wissensvermittlung sind große Mängel aufzuarbeiten. Deshalb fordert die LSV NRW, dass ein höheres Bewusstsein bei

allen an Schule beteiligten Personen geschaffen wird, dass Themen wie Klimaschutz, -krise, -gerechtigkeit und -folgen mehr in den Lehrplan integriert werden, sodass es ausführlicher und länger, somit auch nachhaltiger in der Schullaufbahn behandelt wird.

Arbeitsaufträge:

- auf Demos gehen
- und diese (mit-)organisieren
- mit Bündnissen vernetzen/ gründen
- Sticker erstellen
- PMs schreiben
- WS auf einer LDK zum Thema Klimagerechtigkeit
- (mit Brainstorming was die LSV für Projekte organisieren und umsetzen kann)
- Erarbeiten eines Konzeptes zum Klimaschutz an Schulen

8. Antidiskriminierung

Die LSV NRW verurteilt jegliche Form der Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Klasse, Sexualität, Geschlecht, Religion, geistigen und körperlichen Behinderungen etc. und jegliche Gesetze, politische Entscheidungen und Parteien, die diese Diskriminierungen fördern.

Diskriminierung macht vor dem Schultor keinen Halt und ist ein großes Problem für Schüler*innen.

Antirassismus:

Als LSV NRW sehen wir hinsichtlich Antidiskriminierungsarbeit große Lücken.

So ist es mehrfach belegt, dass Schüler*innen mit Migrationshintergrund oder BIPOC* nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen im Bildungssystem haben, was zurückzuführen ist auf Rassismus, der systematisch und institutionell begründet ist.

Dass marginalisierte Schüler*innen durch ihre Mitschüler*innen und Lehrkräfte offenen, aber vor allem auch vermehrt strukturellen Rassismus erleben, ist bitterer Teil ihres Schulalltags, mit dem sich die meisten Schüler*innen alleine fühlen. Sicherere Räume zum Austausch dieser Rassismus-Erfahrungen fehlen in den meisten Schulen schlichtweg.

Antiqueerfeindlichkeit

Als LSV NRW erkennen wir die Unterdrückung von Queeren Menschen als strukturelles Problem innerhalb des Patriarchats an. Die Unterdrückung von queeren Menschen gründet sich auf patriarchalen und heteronormativen Strukturen. Erreichte Fortschritte werden immer wieder in Frage gestellt, nicht nur von fundamentalistischen christlichen Organisationen, sondern z.B. auch von der großen "anti-woke" Bewegung.

Queere Identitäten sind in Bezug auf die Lerninhalte im Allgemeinen sowie im Sexualkundeunterricht im Speziellen an den Schulen NRWs systematisch unsichtbar.

Diese Verhältnisse führen an vielen Schulen dazu, dass queere Mitschüler*innen unsichtbar gemacht und Opfer von patriarchaler / queerfeindlicher Gewalt werden. Dies verurteilen wir als LSV NRW aufs Schärfste.

Antisexismus

Die Aktualität dieser Thematik im Rahmen der Schule zeigt sich im Fehlen von Strukturen bei sexualisierter Gewalt im Schulalltag. Dies soll nun durch ein Schutzgesetz bekämpft werden.

Schüler*innen werden aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt oder auch benachteiligt, sei es bei der Benotung oder auch bei alltäglichen Unterrichtsgesprächen.

Antibleismus

Die Stigmatisierung von Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen ist im System Schule ein grundlegendes Problem. Auch die

sprachliche Diskriminierung stellt eine Problematik dar. Sie prägt ebenfalls die Wertung der Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung. Auffallend oft werden Schüler*innen mit Behinderung nicht inkludiert.

Antisemitismus

Antisemitismus ist ein strukturelles und ungelöstes Problem in der Gesellschaft und somit auch in der Schule. Die LSV NRW wendet sich gegen Antisemitismus, egal wann und wo.

Jüdische Schüler*innen werden beleidigt, das Wort „Jude“ wird unter Schüler*innen als Schimpfwort benutzt, der Massenmord an den europäischen Juden*, die Shoah, wird im Unterricht oder auf dem Schulhof infrage gestellt, relativiert oder verharmlost. Laut der Bildungsstätte Anne Frank äußert sich Antisemitismus sich nicht nur offen und direkt, sondern auch auf Umwegen, „in geschichtsklitternden Aussagen, [...], in verkürzter Eliten- und Kapitalismuskritik oder Verschwörungstheorien“. Dem müssen wir als LSV NRW entgegenreten.

Lehrer*innen haben in der Regel Wissen über Antisemitismus, aber es fehlt ihnen an Kompetenz, dieses zu vermitteln. Die Bekämpfung von Antisemitismus muss sich sowohl historisch mit der Shoah als auch mit dem sekundären Antisemitismus der Gegenwart auseinandersetzen und auf vielen Ebenen, im Unterricht, innerhalb und außerhalb der Schule, stattfinden.

Arbeitsaufträge:

- Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit SoR-SmC
- Bündnisarbeit
- LDK mit Schwerpunkt Antidiskriminierung
- Austausch mit Ministerium + Arbeit an neuem Siegel gegen Diskriminierung
- Aufklärung + Sensibilisierung über Ableismus in Workshops

9. Internationalismus

“Es herrscht Krieg” - doch nicht erst, wie in den Medien und der Schule oft suggeriert, mit der völkerrechtswidrigen Invasion Russlands in die Ukraine. Durch Rüstungsunternehmen profitiert die deutsche Wirtschaft direkt von Kriegen in der ganzen Welt. Mit Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind z.B. die operativen Gewinne des Rüstungskonzerns Rheinmetall um 27% gestiegen.

Die fehlende Neutralität im Unterricht macht es oft schwierig, differenzierte Positionen zu vertreten, die von der Linie abweichen. Während Spendensammlungen für die Ukraine sogar von Schulleitungen gefördert und Schweigeminuten gehalten werden, sind die Erdbebenopfer im kurdischen Autonomiegebiet und der Zivilist*innen, die durch deutsche Waffen im Jemen völkerrechtswidrig ermordet werden, egal - vielmehr sind Aktionen, die dahingehend Aufmerksamkeit erregen, unerwünscht und sind durch die Schulleitung von Repressionen betroffen.

Während die Finanzierung der von Rechten durchgesetzten Bundeswehr also massiv erhöht wurde, gibt es für die Bildung keinerlei Zuschüsse - dabei sind es letztendlich wieder wir Schüler*innen, die die Schulden der Regierenden abarbeiten dürfen, ohne daran Schuld zu tragen.

Ohnehin ist der aktuelle Aufrüstungstrend dem Frieden stark entgegenwirkend. Kriege können nicht gewonnen werden, es sind immer Arbeiter*innen und Zivilist*innen, die auf beiden Seiten sterben, nie die Profiteur*innen selbst. Damit sind Kriege für die Bevölkerung nie von Interesse.

Die LSV NRW versteht sich daran angelehnt als internationalistischer Verband. Das bezieht sich auch auf internationale Konflikte, die für viele Schüler*innen jetzt schon massiv den Alltag prägen, seien es Angriffe gegen kurdische Schüler*innen oder Anfeindungen von antideutschen Lehrer*innen.

Immer noch müssen Menschen flüchten. Die Gründe sind dabei sehr verschieden, immer relevanter wird dabei aber die Flucht auf Grundlage der Klimakrise.

Aus Solidaritätsgründen hat Deutschland die Verantwortung, so viele Hilfsbedürftige wie möglich aufzunehmen. Stattdessen schottet sich Europa ab und führt mit "FRONTEX" unmenschliche, illegale "Push-Backs" durch und unterstützt unter anderem die libysche Küstenwache und damit Folter, Vergewaltigungen und Menschenhandel.

Und das unter dem Vorwand zur "Sicherung der Außengrenzen". Stattdessen sollte es oberste Priorität sein, neue Menschen in die Gesellschaft zu inkludieren, um ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen und Geflüchtete nicht sozio-ökonomisch auszuschließen und somit Kriminalität zu fördern. Abschiebungen sind zu vermeiden, weil sie ernsthafte Konsequenzen für Betroffene haben und nur ein Zeichen des Versagens bei der Inklusion sind.

Arbeitsaufträge:

- Grundsatzprogramm um diesen Themenblock ergänzen und genauere Position erarbeiten
- Materialkoffer zur Thematik erarbeiten und anschaffen
- Demonstrationen und Aktionen gegen Aufrüstung unterstützen

- Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Thema Flucht (Seebrücke, SeaWatch, etc.)
- Direkte Intervention gegen drohende Abschiebungen von Schüler*innen in NRW mit Protestaktionen
- Thematisierung vom kurdischen und palästinensischen Befreiungskampf auf einer LDK und ggf. mit einem Arbeitskreis
- Kontakt zu Schüler*innenstrukturen aus anderen Ländern suchen
- Thematisierung der kurdischen Autonomiebewegung und der zwei Staaten Lösung und Völkerrechtsbrüchen im Nahostkonflikt, in einem Workshop mit kritischer Befassung der Themen, mit externen Expert*innen und Betroffenen

10. Bundesarbeit

Neben einer starken und aktiven LSV, ihrem Vorstand und aktiven BSVen, die progressive bildungs- und schulpolitische Themen in den Städten und auf Landesebene vorantreiben, können viele bildungspolitische Themen und ein Austausch zwischen den einzelnen Landesvertretungen nur auf Bundesebene umgesetzt werden bzw. stattfinden. Dafür wird die LSV auch weiterhin auf Bundesebene engagiert sein, wenn es für die Schüler*innen NRW sinnvoll ist. (Beispiele für bundesweite Arbeit in der Vergangenheit bzw. Gegenwart sind z.B. die Beteiligung beim "Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur" oder "Wir Werden Laut") Die Bundesschülerkonferenz (BSK) ist aktuell kein Ort, an dem Arbeit auf Bundesebene produktiv und zielgerichtet stattfindet. Eine Teilnahme an den Plenartagungen dieser ist entsprechend nicht sinnvoll, gleichzeitig kann die Bildung von Zweckbündnissen mit dieser aber Sinn ergeben. Selbes gilt für den Austausch mit anderen landesweit agierenden Schüler*innenvertretungen. Ein Austausch als Selbstzweck bringt den Schüler*innen NRW vermutlich wenig, anders sieht es bei gemeinsamen Positionspapieren, Pressemitteilungen oder Kampagnen aus, bei denen die stärkere Stimme hilfreich sein kann. Entsprechend ist eine Zusammenarbeit mit anderen landesweiten Vertretungen zu befürworten.

Arbeitsaufträge:

- Vernetzung mit anderen landesweiten Vertretungen
- Teilnahme an zielführenden bundesweiten Bündnissen